

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Lothar Maier, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Robby Schlund, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Joana Cotar, Siegbert Droese, Peter Felser, Markus Frohnmaier, Dr. Götz Frömmling, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Enrico Komning, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Sebastian Münzenmaier, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Stephan Protschka, Martin Reichardt, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD**

### **Militärmission EUTM Mali beenden**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das deutsche beziehungsweise europäische Engagement in Mali ist gescheitert. Nach fünf Jahren militärischer Unterstützung durch die Bundeswehr ist entgegen anderslautender Auskünfte der Bundesregierung kein Fortschritt in dem Land erkennbar. Die Sicherheitslage hat sich in dem Zeitraum sogar in einigen Regionen verschlechtert. Vor allem im Norden und im Zentrum Malis kommt es immer wieder zu Anschlägen, bewaffneten Auseinandersetzungen und gewaltsamen Übergriffen.

Der Deutsche Bundestag lobt den unermüdlichen Einsatz der Bundeswehrsoldaten in Mali und erkennt ihre Leistungen ausdrücklich an. Für das Scheitern des militärischen Engagements sind nicht die deutschen Soldaten verantwortlich, sondern die politischen Entscheidungsträger. Die Bundesregierung hat es versäumt, eine belastbare Mali-Strategie zu erarbeiten und hält an ihrem falschen konzeptionellen Ansatz fest. Der Deutsche Bundestag kritisiert, dass für die Militärmission EUTM Mali keine konkreten Ziele definiert wurden, sodass eine Erfolgsmessung und ein daran geknüpfter Truppenabzug nicht möglich sind.

Aus dem militärischen Engagement in Mali droht ein mit dem in Afghanistan vergleichbarer Einsatz zu werden, der mit großen Gefahren für unsere Soldaten und hohen finanziellen Kosten einhergeht, dessen nachhaltiger Erfolg aber nicht erkennbar ist. Denn der Aufwand, den die Bundeswehr in Mali betreiben muss, steht in keinem angemessenen Verhältnis zum bisher Erreichten. Zudem werden durch den Einsatz in

Mali Kräfte der Bundeswehr gebunden, die wiederum in der Landes- und Bündnisverteidigung fehlen.

Die von der Bundesregierung angestrebte Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an EUTM Mali liegt deshalb nicht im deutschen Interesse. Der Deutsche Bundestag lehnt daher eine Verlängerung des Mandates ab.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. das Bundeswehrmandat zu EUTM Mali umgehend fristgerecht zu beenden und nicht erneut zu verlängern sowie
  2. nach Abschluss der deutschen Beteiligung an EUTM einen Evaluierungsbericht zu erstellen und dem Bundestag schriftlich vorzulegen.

Berlin, den 11. Mai 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## **Begründung**

Das erklärte Ziel der von der Europäischen Union geführten Militärmission EUTM (European Union Training Mission) Mali ist es, die malischen Streitkräfte auszubilden, damit jene langfristig eigenständig für die Sicherheit in ihrem Land sorgen können. Mittlerweile durchliefen etwa 13.000 malische Soldaten die von EUTM Mali konzipierten militärischen Ausbildungsgänge (Stand März 2019; vgl. Drucksache 19/8482). Gemessen an der geringen Gesamtstärke der malischen Streitkräfte handelt es sich um eine außerordentliche hohe Anzahl an Soldaten. In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, warum die Sicherheitslage in Mali weiterhin unverändert schlecht ist. Hierfür gibt es zwei wesentliche Erklärungen, die sich auf die Art der militärischen Ausbildung an sich und auf die Einsatzmotivation der als ausgebildet geltenden malischen Soldaten beziehen. Zum einen handelt es sich bei der sogenannten Ausbildung nur um punktuelle und kurze Lehrgänge. Darunter befinden sich unter anderem auch Theoriekurse über humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte, die in der Gefechtspraxis mit terroristischen Gruppen nur wenig Nutzen bringen. Zum anderen ist die reine Anzahl an „ausgebildeten“ Soldaten irreführend. Dies zeigt die Ausbildung der Streitkräfte Afghanistans. Auch hier wurden zahlreiche Soldaten nominell „ausgebildet“, aber das Land konnte hierdurch nicht befriedet werden. Im Gegenteil: Viele Soldaten wechselten nach ihrer Ausbildung zu den Aufständischen. Erschwerend kommt auch in Mali hinzu, dass die Kampfmoral der regulären Streitkräfte niedrig ist, sodass die Soldaten nur ungern ihre sichere Kaserne verlassen. Ähnlich wie in Afghanistan sind deshalb die Ausbildungsergebnisse in Mali bislang weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Doch selbst wenn das Ausbildungsziel erreicht werden würde, wären die Konflikte in Mali nicht militärisch zu lösen. Das gilt insbesondere für den Kampf gegen den Islamismus, respektive den bewaffneten Dschihad. Die Terroristen setzen gegen die Regierungstruppen und unbewaffnete Zivilisten auf Anschläge und Hinterhalte. Zu ihren Zielen gehören ebenso internationale Truppen, wie der Angriff auf das Lager Koulikoro im letzten Jahr zeigte. In diesem Lager werden malische Sicherheitskräfte auch von deutschen Soldaten ausgebildet. Gegen diese Art der irregulären Kriegsführung können reguläre Streitkräfte, die sich an humanitäre Grundsätze halten müssen, kaum etwas ausrichten. Dieser Kampf kann daher nicht gewonnen werden. Die ohnehin niedrige Kampfmoral der malischen Streitkräfte wird zwangsläufig noch weiter abnehmen.

Die deutsche Bundesregierung lässt keine belastbare Strategie in Mali erkennen. Grundlegende Probleme des Landes werden ausgeklammert oder relativiert. Dabei gibt es in Mali politische, ethnische und religiöse Konflikte, die selbst mit einem vernetzten Ansatz nicht zu lösen sind. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen haben keine gemeinsame Identität und bekriegen sich zum Teil schon seit Generationen. Dem Land fehlt zudem

eine gefestigte nationalstaatliche Tradition, da seine Gründung auf die Maßgaben der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich zurückgeht, das dabei die ethnischen Gegebenheiten dieses Landes außer Acht ließ.

Darüber hinaus steht Mali vor einer demografischen Katastrophe. Die Bevölkerung hat sich seit 1960 von 5,2 Millionen Einwohner auf 18,5 Millionen (2017) fast vervierfacht. Aktuell beträgt das jährliche Bevölkerungswachstum mehr als drei Prozent. Knapp jeder zweite Malier ist unter 15 Jahre alt (vgl. [www.bmz.de/de/laender\\_regionen/subsahara/mali/index.jsp#section-29922075](http://www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/mali/index.jsp#section-29922075)). Bis zum Jahr 2050 soll die Bevölkerung auf schätzungsweise 60 Millionen Einwohner anwachsen – in einem Land, das bereits jetzt seine Einwohner nicht ausreichend ernähren kann. Die im Vergleich zu den anderen Altersgruppen überproportional große Anzahl junger Frauen und Männer führt in Mali in Verbindung mit ökonomischer Perspektivlosigkeit vorhersehbar zu Konflikten in und zwischen den verschiedenen Ethnien. Dieses Problem lässt sich durch keine Militärmission beheben. Im Gegensatz dazu wäre eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit theoretisch ein effektiverer Lösungsansatz. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ist jedoch auch diese Option nicht nachhaltig realisierbar. Im besten Fall könnte hierdurch nur eine punktuelle und temporäre Entlastung des Bevölkerungsdrucks bewirkt werden.

Hinzu kommen enorme politische Herausforderungen: Zwar ruht derzeit der Konflikt zwischen den Tuareg und der malischen Regierung, doch dafür sind zwei neue Unruheherde entstanden. Zum einen ein ethnisch motivierter Konflikt zwischen Milizen und bestimmten Volksgruppen. Zum anderen ein asymmetrischer Krieg von islamischen Dschihadisten gegen die Regierung. Erstgenannter Konflikt könnte durch die Regierung gelöst werden. Da sie bislang nicht willens ist, alle Bevölkerungsgruppen gleich zu behandeln, ist sie hier Teil des Problems und trägt nicht zur Lösung bei. So wurde das Massaker in Ogossagou, bei dem 2019 Terroristen eines anderen Stammes fast die gesamte Dorfbevölkerung töteten und das Dorf zerstörten, bislang nicht in ernstzunehmendem Maße von den Regierungsbehörden aufgearbeitet. Ähnliches gilt für die zahlreichen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung. Insbesondere der Norden Malis wird systematisch von der Regierung in Bamako vernachlässigt. Die Verantwortung für die Sicherheit in der Region wurde von der malischen Regierung faktisch an die Europäer delegiert. Durch das internationale Engagement konnte sie sich selbst von ihrem ureigenen Auftrag, die innere Sicherheit und Befriedung im gesamten Land sicherzustellen, entbinden. Dieses Verhalten der Regierung schürt die ethnischen Konflikte weiter an und stärkt die Dschihadisten. Damit Präsident Keïta seine Reformversprechen einlöst und die Sicherheit sämtlicher Volksgruppen in Mali garantiert, muss das europäische Engagement infrage gestellt werden. Nur auf diesem Wege kann der politische Druck auf die malische Regierung verstärkt werden. Falls dies nicht gelingt, darf auch die Aufspaltung Malis in zwei Staaten kein Tabu sein.

Die Bundesregierung selbst räumt das Scheitern von EUTM Mali ein. In ihrem Antrag zur letzten Mandatsverlängerung heißt es: „Die Fortschritte im Bereich der Sicherheitskräfte sind dagegen bislang begrenzt. Die Einsatzbelastung der malischen Streitkräfte ist hoch und verzögert notwendige Reformen sowie den Aufbau eigener Ausbildungskapazitäten. Die Streitkräfte sind deshalb weiterhin nur eingeschränkt in der Lage, den großen Herausforderungen zu begegnen.“ – siehe Drucksache 19/8971. Zudem wird in dem Antrag mehrmals auf die „andauernde volatile“, „fragile“ und „unverändert schlechte“ Sicherheitslage hingewiesen (vgl. ebd.). Trotz dieser ernüchternden Feststellungen strebt die Bundesregierung immer wieder eine Verlängerung des Einsatzes an. Die Personalobergrenze für EUTM Mali beträgt derzeit 350 Bundeswehrsoldaten liegen. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung des Einsatzes werden für den Zeitraum vom 1. Juni 2019 bis 31. Mai 2020 auf rund 40,8 Millionen Euro beziffert (vgl. Drucksache 19/8971). Jene Ressourcen fehlen zwangsläufig an anderer Stelle wie beispielsweise bei der Landes- und Bündnisverteidigung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Fortsetzung von EUTM Mali nicht im nationalen Interesse Deutschlands liegt. Der Einsatz muss daher beendet und die deutschen Kräfte unverzüglich zurückgezogen werden.

